

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Verleger: Hermann Göttsche
Redaktion: Nachrichten Dresden
Dresden-K. 1, Lorenzstraße 24/25

Verlagspreis für den Monat 3.40 RM. einchl. 26 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Zeilen und Spalten berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeilenbreite
300 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Nichterfüllte Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Friedrich & Reichardt,
Dresden, Postfach 210, 1088 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unerlaubte
Schneidungen werden nicht aufbewahrt

Limbäcker

Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 1877

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Die unentbehrliche Damen-Tasche

für jeden Geschmack

Hervorragend schöne
Muster in unerreichter
Auswahl. Ausserste Preise.

Adolf Näter Pragerstr. 26
Erstes Lederwaren-Spezialgeschäft

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS

Kunstspielpianos

seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat

Meißen in Martinstr. 12 Bautzen in Seminarstr. 6

Die zweite Aufbruchnacht in Berlin

Das Weddingviertel wieder im Dunkel

Maikater

Die Polizei hat zugeleert

Berlin, 2. Mai. Heute nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr kam es am Köpenicker Platz vor dem Karl-Liebknecht-Haus zu erneuten Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten. Einige hundert Kommunisten versuchten Demonstrationen zu bilden, die von der Polizei nach wiederholten vergeblichen Aufforderungen auseinandergezogen, mit dem Gummiflüßel zerstreut werden mußten.

Nachdem es tagsüber im Neuföhner Arbeiterrevier verhältnismäßig ruhig geblieben ist, sammelten sich in den späten Nachmittagsstunden an der Hermann-Edke-Prinz-Handjery-Straße wieder größere Menschenmengen an. Kurz vor 8 Uhr hatte die Polizei Verstärkungen herangezogen, um eine erneute Säuberung der Hermannstraße durch Abriegelung der Nebenstraßen durchzuführen. Die ganze Hermannstraße ist wieder von dichten Menschenmengen gefüllt. Mehrere Hundertschaften Polizei haben in der Steinweg-Straße Aufstellung genommen. Eine

allgemeine Schießerei ist im Gange.

Der Herd der Unruhen scheint diesmal nicht in der Hermannstraße, sondern zwischen Berg- und Hermannstraße in der Nähe der Halbfstraße zu liegen.

In den Straßen am Wedding.

Die gestern abend der Schauplatz eines lebhaften Feuergefechtes waren, ist es heute im Laufe des Nachmittags zu erneuten Ausschreitungen gegen Polizeistreifen gekommen. Kurz vor 5 Uhr wurde in der Köpener Straße eine Polizeistreife von einer erregten Menschenmenge angegriffen und die Polizisten machten von ihren Schusswaffen Gebrauch. Vier Personen sind verletzt worden. Ein junger Mann hat u. a. einen Oberschenkelbeschuss und eine Frau einen Streifschuß am Kopf erhalten. Die Straßen wurden mit dem Gummiflüßel gesäubert, und da sich immer mehr erregte Menschenmassen ansammelten, wurden

auf Lastkraftwagen mehrere Hundertschaften

nach dem Wedding entsandt, um neuen schweren Ausschreitungen vorzubeugen. Die Polizei hat die Köpener, Wiesen- und Pantstraße, in denen sich gestern die Tumulte abspielten, sowie die Reinholdsdorfer Straße mit einem großen Aufgebot von Beamten besetzt.

In dem Gebiet der gestrigen Unruhen hinter dem Köpener Platz waren

die Gastaternen in der Köpener und Wedding-Straße, die heute repariert worden waren, bereits wieder zerstört.

So daß die betreffenden Straßenzüge wieder, wie gestern, in tiefe Dunkelheit gehüllt sind. Die Straßen sind von dichten

Menschenmassen erfüllt, die sich in die Haustüren der anliegenden Häuser drängen. Die Polizei begnügt sich damit, die Zugänge zu dem Viertel, das aus Verbindungstraßen zwischen größeren Verkehrsadern besteht, abgeriegelt zu halten. In der ganzen Umgebung sind die Polizeistreifen auf zehn Mann verstärkt worden, da die Erfahrung gelehrt hat, daß kleinere Streifen regelmäßig überfallen werden. Der Untergrundbahnhof Seestraße wurde im Laufe des Abends mehrfach vorübergehend geschlossen. Der Verkehr in den Durchgangstraßen ist durch die polizeilichen Maßnahmen nicht behindert.

In den späten Abendstunden wurde die Lage in Neuföhren äußerst bedrohlich. Die Schießereien zwischen Demonstranten der KPD und der Schutzpolizei verschärften sich zusehends. Unaufhörlich rollten Krantenautos mit Verletzten davon. Ob auch Tote zu verzeichnen sind, ließ sich nicht feststellen, zumal in den hauptsächlichsten Kampfstraßen, der Steinweg- und Prinz-Handjerystraße, wiederum alles Licht ausgelöscht war. In diesen Straßen hatten die Kommunisten wiederum Barrikaden errichtet,

hinter denen verhasst sie unaufhörlich auf die Polizei schossen. Gegen 10,30 Uhr rückten von allen Seiten Schupo-Verstärkungen heran, dazu Panzerautos mit Maschinengewehrbesatzung. Die neuankommende Schupo war mit Karabinern ausgerüstet, zum Teil trugen die Beamten Handgranaten. Scheinwerfer und Leuchtpistolen erhellen das nächtliche Kampfgebiet.

Die Demonstranten sind eingekesselt.

Der Verkehr ist lahmgelegt. Auch die Presse wird von der Polizei vom Kampfgebiet getrieben.

Die Taktik der Kommunisten ging ursprünglich dahin, in kleineren Trupps die Polizei immer wieder zu beunruhigen. Während es am Wedding verhältnismäßig ruhig blieb, wurden aber die Gemüter besonders in der Neuföhren Gegend durch kommunistische Scharfmacher derart aufgepuscht, daß sich der dortige Kleinkrieg zu einer regelrechten großen Straßenschlacht entwickelte. Die Arbeiter werden zum politischen Generalsireif aufgefordert.

Der Einsatz des Panzerwagens sicherte der Polizei sehr bald erhebliche Überlegenheit. Der Panzerwagen fuhr durch alle Straßen des unruhigen Stadtteils und griff gelegentlich mit seinem wirksamen Feuer ein. Der Straßenbahn- und Untergrundbahnverkehr wurde gesperrt, nach 11 Uhr nachts auch der gesamte Privatverkehr. Das Gefinde versuchte immer mehr Straßen durch Ausbreiten der Beleuchtung zu verdunkeln.

Die Zahl der Toten des Donnerstagabend hat sich um Mitternacht auf 9 erhöht. Verletzt sein dürften etwa 20.

Um Mitternacht fielen nur noch vereinzelte Schüsse. Die Häuserfronten wiesen bis zu den Dächern hinaus zahlreiche Spuren von Einschüssen auf, namentlich in der Jägerstraße.

Die Deckungsgrenze erreicht

Der Ausweis der Reichsbank zum Monatsende

Der Ausweis der Reichsbank vom 30. April zeigt in der Wilmowsche ein Anwachsen der gesamten Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Reichsbankwechseln, Lombards und Effekten um 831,5 Millionen auf 8281,8 Millionen Reichsmark. In einzelnen sind die Bestände an Wechseln und Schecks um 550,9 Millionen auf 2790,2 Millionen Reichsmark, die Bestände an Reichsbankwechseln um 59,8 Millionen auf 136,4 Millionen Reichsmark und die Lombardbestände um 221,1 Millionen auf 202,1 Millionen Reichsmark angewachsen.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 760,3 Millionen Reichsmark neu in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 712,5 Millionen auf 4031,5 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 47,7 Millionen auf 480,1 Millionen Reichsmark erhöht. Demgemäß ist der Bestand der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 8,8 Millionen Reichsmark zurückgegangen.

Die fremden Gelder zeigen mit 585,1 Millionen Reichsmark eine Abnahme um 184,2 Millionen Reichsmark.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen insgesamt haben sich um 227,9 Millionen auf 1990,9 Millionen Reichsmark vermindert. Die Abnahme entfällt auf die Goldbestände, die sich um 287,3 Millionen auf 1891,8 Millionen Reichsmark verringert haben. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen haben um 59,4 Millionen auf 99,4 Millionen Reichsmark zugenommen.

Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold allein stellt sich auf 40,5 Prozent gegen 55,6 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 43,8 Prozent gegen 56,8 Prozent in der Vorwoche.

Das Notendeckungsverhältnis ist am 30. April auf 43 % gegen 56,8 % in der Vorwoche zurückgegangen, ein Satz, der nahe an die Mindestgrenze der Notendeckung von 40 % herankommt. Neben einer weiteren starken Schwächung des Goldschatzes um 287 Millionen Reichsmark hat zu dieser Entwicklung namentlich die ungewöhnliche Zunahme des Notenumlaufs um 760 Millionen Reichsmark beigetragen. Maßgeblich hierfür war außer dem regelmäßig an Monatsenden verstärkten Geldbedarf von Handel und Industrie diesmal ganz besonders die Anforderung, die das Reich über den 170-Millionen-Kredit der Banken an den Geldmarkt stellte. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich das Notendeckungsverhältnis bereits in den nächsten beiden Reichsbankausweisen wieder wesentlich bessern wird, da erfahrungsgemäß schon in den ersten Tagen des neuen Monats regelmäßig stärkere Rückflüsse an die Reichsbank erfolgen, die, wenn sich der Gold- und Devisenbestand nicht mehr wesentlich nach unten verändern wird, auch wieder ein besseres Notendeckungsverhältnis herbeiführen dürften.

Aufhebung des Haftbefehls gegen Graf Christian

Breslau, 2. Mai. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts hat in Sachen des Grafen Christian Stolberg folgenden Beschluß gefaßt: Der angefochtene Beschluß wie der Haftbefehl des Amtsgerichts Girschberg vom 19. März d. J. und der die Haftfortdauer anordnende Beschluß des Untersuchungsrichters beim Landgericht in Girschberg vom 21. März werden aufgehoben, weil dringender Tatverdacht eines Verbrechens zurzeit nicht vorliegt und der dringende Tatverdacht der sachlichen Lösung nichtverpflichtet nicht rechtfertigt.

Es hat Zweifler gegeben, die die planmäßige Hebe der Kommunisten zum blutigen Aufstand nicht ernst nahmen. Man stellte sich auf den Standpunkt, daß im voraus angekündigte Revolutionen nie eintreffen, daß ein Erfolg immer nur dann eintritt, wenn das Unheil uns unvorhergesehen überfällt, wie der Blitz aus heiterem Himmel. Die für Ruhe und Sicherheit verantwortlichen sozialdemokratischen Beamten in Berlin, die Genossen Graefst und Jürgel, werden wohl ähnlich gedacht haben. Sie haben nicht daran geglaubt, daß es der rötlichen Konkurrenz bitterer Ernst mit ihrem hysterischen Schrei nach Menschenopfern zum roten Feiertag ist. Berlins roter Polizeipräsident hat denn auch nur halbe Maßnahmen zur Abwehr der kommunistischen Ausschreitungen ergriffen. Er hat es ruhig zugelassen, daß das bolschewistische Organ der Reichshauptstadt, die „rote Fahne“, während der ganzen letzten Woche in jeder Nummer das Demonstrationenverbot verhöhnen durfte. Ja, noch schlimmer! Er hat nicht den kleinen Finger krumm gemacht, als das Moskowiterblatt zum Spott noch die Aufforderung zum offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt setzte. Man ließ es ruhig geschehen, daß in jeder Nummer dieses gewissenlosen Blattes mit dem Rufe „Auf die Straße!“ zum bewaffneten Aufruhr gegen die polizeilichen Verordnungen aufgefordert wurde. Im nachrevolutionären Deutschland war man bisher nicht allzu zimperlich, wenn es galt, Zeitungen, die in großem Gegensatz zum herrschenden System standen, zu verbieten. Allerdings gilt dieser Satz hauptsächlich hinsichtlich der äußersten Rechten. Gegenüber den Radikalisten auf der Linken legten die herrschenden Sozialisten, denen immer die eigene Vergangenheit als unveräußerlicher Schatten nachgeht, eine unglaubliche Geduld an den Tag. Es wäre daher, angesichts der gewissenlosen Hebe der „roten Fahne“ dringend notwendig gewesen, das Blatt zu verbieten und am Vorabend des 1. Mai die schlimmsten Heber in Sicherheitsverwahrung zu nehmen. Ohne die systematische Aufreizung der Massen wäre es nie zu den bedauerlichen Barrikadenkämpfen gekommen, bei denen nicht nur zahlreiche brave Polizisten, sondern auch gänzlich Unbeteiligte Verwundungen, teilweise sogar mit tödlichem Ausgang, davontrugen. In dieser Unterlassungsfrage, in der Angst vor ganzem Maßnahmen zum Schutze der bedrohten Staatsautorität liegt die Schuld des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten. Wir haben an dieser Stelle bereits einmal darauf hingewiesen, wie sehr sich die Halbschatten der verantwortlichen Stellen psychologisch aus der Vergangenheit der Zeit in Amt und Würden sitzenden Sozialdemokraten erklären. Gewiß, es mag für die Herren ein peinliches Gefühl sein, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Maßnahmen zu ergreifen, die man früher als unbeschwerter Agitator verdammt und deren gewalttätige Umgehung man früher selbst laut gefordert hatte. Aber nachdem man sich schon zu der Erkenntnis hatte durchdringen müssen, daß es die Kommunisten am 1. Mai auf etwas ganz anderes abgesehen hatten, als auf eine harmlose Frühlingswanderung zum idyllischen Zwecke des Gänseblümchenpflückens, wäre es Pflicht der Verantwortlichen gewesen, dafür zu sorgen, daß das Demonstrationenverbot nicht mit der Aufforderung zum bewaffneten Widerstand beantwortet wird. Wenn der Staat verbieten muß, dann empfiehlt es sich, ganze Arbeit zu machen. Wie weit man mit dem System der Halbschatten kommt, hat dieser Vintag in Berlin bewiesen. Auch die Schupo hat das bitter empfunden müssen. Wohl hat man 15 000 Schupobeamte mobil gemacht, sie jedoch nur mit Revolvern und Gummiflüßeln ausgerüstet. Diese mangelhafte Bewaffnung erwies sich natürlich als nicht ausreichend. Hätte die Schupo gleich von Anfang an Karabiner und Maschinengewehre mitführen dürfen, so wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, daß der Janhagel auf Widerstand oder gar auf Angriff verzichtet hätte. Das beschämende Schauspiel, das an die schlimmsten Spartaufzettel erinnert, wäre vermieden worden, und zu dem Kampf mit kommunistischen Revolverhelden, die, durch die unzulängliche Bewaffnung der Schupo ermutigt, aus unerleuchteten Fenstern in nächtlichen Straßen auf die Patrouillen schossen, wäre es bestimmt nicht gekommen.

Der Berliner Barrikadenkampf wird weiterhin verhängnisvolle politische Folgen haben. In erster Linie wird davon die Sozialdemokratische Partei betroffen werden. Und bei den Führern herrscht denn auch bereits ein erheblicher Rayenjammer. Die skrupellose Agitation der Kommunisten bekommt neue Nahrung. Die Sozialdemokratie wird es nicht vermeiden können, daß die Opfer dieses Maltages von den Kommunisten gegen sie ausgespielt werden.